

Sozialismus.de

Heft 4-2024 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Ulrike Eifler:
Nur ziviler Stahl ist Zukunft
Florian Weis: 40 Jahre Bergarbeiterstreik in Britannien

Beiträge u.a. von
Birgit Mahnkopf, Peter Wahl,
Bernd Riexinger, Harald Wolf,
Björn Radke, Wolfgang Müller,
Werner Abel, Friedrich Steinfeld,
Bernhard Sander



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Russland in der Kriegswirtschaft

Laut dem ukrainischen Ministerpräsidenten hat sein Land 880 Mio. US-Dollar vom IWF erhalten: »Dies ist die dritte Tranche der finanziellen Unterstützung im Rahmen der Extended Fund Facility (EFF)«. Russlands Wirtschaft – so jedenfalls Wladimir Putin – sei trotz Sanktionen stabil. [...]

Automobil-Beschäftigte ohne »Transformationsstory«?

Die Krise der Transformation in der Autoindustrie ist offenkundig: 12.000 Jobs beim Autozulieferer Bosch sind bedroht. Daher protestierten Tausende Bosch-Beschäftigte gegen Sparmaßnahmen. Sie fürchten den Jobverlust – und den Niedergang des Konzerns. [...]

Subventionswettbewerb um Hightech-Chips

Die US-Regierung will die heimische Halbleiterindustrie mit Subventionen ankurbeln. Präsident Joe Biden kündigte an, den US-Chipriesen Intel mit bis zu 8,5 Mrd. US-Dollar an direkten Finanzmitteln und 11 Mrd. US-Dollar an Darlehen zu fördern. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Kampfarenen

| | |
|---|----|
| Bernhard Sander: Frankreich im Europa-Wahljahr | 2 |
| Peter Wahl: Die Dilemmata des Westens Kriege in Nahost und der Ukraine | 7 |
| Friedrich Steinfeld: Wie der Konfliktspirale in Nahost entkommen? | 11 |
| Wolfgang Müller: Mit neuen Produktivkräften Wachstum gegen US-Sanktionen stabilisieren. VR China: Volkskongress und Konsultativkonferenz | 16 |

Sozial-ökologische Transformation

| | |
|--|----|
| Björn Radke: Hitze, Dürre, Brände und Hochwasser Die Erderwärmung in Europa schreitet immer schneller voran | 20 |
| Joachim Bischoff: Die Illusion eines grünen Wirtschaftsbooms | 26 |
| Birgit Mahnkopf: Die blockierte Transformation Zur Kritik des »European Green Deal« und der geopolitischen EU | 32 |

Linke Auswege?

| | |
|---|----|
| Bernd Riexinger: Sozialistische Klassenpolitik ist inklusiv, verbindend und internationalistisch. Zur aktuellen Situation der Partei Die Linke | 38 |
| Harald Wolf: Die Partei Die Linke vor den Europawahlen | 44 |

Forum Gewerkschaften

| | |
|---|----|
| Ulrike Eifler: Nur ziviler Stahl ist Zukunft | 47 |
| Florian Weis: »United by the struggle, United by the past«. Das Scheitern des Bergarbeiterstreiks vor 40 Jahren veränderte Britannien zum Schlechten | 51 |

Kulturkampf

| | |
|---|----|
| Werner Abel: Eine »Antifaschistische Schulbibel« mitten im Bürgerkrieg Mauricio Amster Cats' Kampf gegen den Analphabetismus und für die Revolution der Bildung | 56 |
|---|----|

Impressum | Veranstaltungen | Film

| | |
|---|----|
| Impressum | 59 |
| Veranstaltungshinweise | 60 |
| Max Lill: »Dune: Part Two« (Filmkritik) | 61 |

Supplement

EuroMemo Gruppe
EuroMemo 2024
Wie soll die Europäische Union mit der Polykrise umgehen?

Sozialistische Klassenpolitik ist inklusiv, verbindend und internationalistisch

Zur aktuellen Situation der Partei Die Linke

von ■ Bernd Riexinger



Foto: dpa/picture alliance

Michael Brie schreibt in der letzten Ausgabe von Sozialismus.de, mit der Auseinandersetzung um die Migrationspolitik hätte die Spaltung in der Linken begonnen und die symbolträchtige Abkehr der lohnarbeitenden nichtakademischen Klasse und der Gewerkschaftsmitglieder zugleich Fahrt aufgenommen. Leider belegt er das nicht. Die Linke hat in der Migrationspolitik ihre Positionen nicht geändert, als die Geflüchteten ankamen. Entsprechende Beschlüsse sind auf dem Parteitag mit übergroßer Mehrheit gefällt worden. Die Linke hat im Bundestag und im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 einheitlich kommuniziert und das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt.

Unrichtig ist auch, dass die Parteiführung von Katja Kipping und ich einfach so für »offene Grenzen« gestanden haben. Mit

Beginn der großen Fluchtbewegung 2015 war die Stimmung in der Bevölkerung wie auch anfangs in den Medien ausgenommen freundlich gegenüber den Geflüchteten. Viel war die Rede von der Willkommenskultur der Bevölkerung in Deutschland. Wir erinnern uns noch an die medial ausgestrahlten Bilder von größeren Gruppen, die die Geflüchteten mit Blumen und Geschenken begrüßten. Die Linke hatte die Position für offene Grenzen in einem Dreiklang vertreten: Offene Grenzen, nicht nur für Menschen mit Geld, Ausweitung der Asylgründe, sichere Fluchtwege schaffen, keine Pushbacks, Fluchtursachen beseitigen, Waffenexporte und Kriege beenden und eine Willkommenskultur, die auch materiell und strukturell ist: Kommunen waren finanziell so auszustatten, dass die Geflüchteten tatsächlich aufgenommen

werden können und die öffentliche Daseinsvorsorge für alle in der Kommune verbessert wird. Mit diesen Positionen konnte Die Linke gut bestehen. Die Wahlumfragen bewegten sich das ganze Jahr 2015 zwischen 9% und 10%. Gerade auf der Grundlage der heftigen Auseinandersetzungen zwischen Seehofer und Merkel war Die Linke ein stabiler Faktor gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik der CSU.

Die Stimmung kippte in der öffentlichen Debatte mit den Silvesterkrawallen in der Nacht zum 1. Januar 2016 in Köln, die medial massiv ausgeschlachtet wurden und einen Stimmungswechsel in Teilen der Bevölkerung gegen Geflüchtete und Migranten*innen herbeiführten. Kräftige Unterstützung lieferten dazu nicht nur die AfD, sondern auch die CDU/CSU, die mit Hilfe der Medien mächtig Front gegen Geflüchtete und Migrant*innen machten. Ähnliches erleben wir heute wieder. Sahra Wagenknecht, deren engeres Umfeld im Übrigen die Position für offene Grenzen sowohl in das Grundsatzprogramm als auch in das Wahlprogramm 2013 reingestimmt hatte, provozierte die eigene Partei mit dem Satz: »Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.« Das löste in der Partei heftige Gegenreaktionen aus. Von Spaltung oder Beginn einer Spaltung konnte jedoch keine Rede sein, denn die Mehrheit in der Partei für die beschlossene Migrations- und Geflüchtetenpolitik war überdeutlich. Wagenknecht repräsentierte in dieser Frage eine verschwindend kleine Minderheit und hatte die Toleranz in breiten Teilen der Partei ihrem Bekanntheitsgrad und ihrem medial guten Auftreten zu verdanken.

Auch das ganze Jahre 2016 und 2017 bewegten sich die Umfragen stabil zwischen 8% und 10%. Von einer Absetzbewegung weg von den Linken war nichts zu sehen. Wagenknecht wurde zusammen mit Bartsch zu Spitzenkandidaten gewählt, mit Riexinger und Kipping als Teil eines Spitzenteams. Der Konflikt um die Migrationspolitik wurde weitgehend aus dem Wahlkampf ausgeklammert und die Partei erzielte mit 9,2% ein gutes Ergebnis. Noch am Wahlabend wurde der Konflikt um die Migrationspolitik von Wagenknecht neu aufgemacht mit der Äußerung, dass mit der migrationspolitischen Position der Linken ein besseres Ergebnis nicht möglich gewesen wäre. Der danach wieder aufgebrochene Konflikt hatte eine bis dato beispiellose Eintrittswelle gebremst.

Im Jahr der Bundestagswahl sind über 9.500 neue Mitglieder der Linken beigetreten, auch wegen ihrer klaren Haltung gegen rechts und ihrer Geflüchtetenpolitik. Dieser Prozess ist 2018 abgebrochen, weil Die Linke ob des Streits mit Wagenknecht nicht mehr kohärent aufgetreten ist, und unverdienterweise die Grünen zum Hauptgegner der AfD wurden. Die Führung der Grünen bezeichnete den Konflikt bei uns als Elfmeter, weil zuvor schleichend Wähler*innen von den Grünen zur Linken wechselten und besonders in den Städten junge Leute weitaus zahlreicher zu den Linken als zu den Grünen gegangen sind.

Im Januar 2018 wartete, pünktlich zum Jahresauftakt der Partei, Wagenknecht mit der Idee einer neuen Volkspartei auf (Leitartikel mit Titelbild im Spiegel), um dann im September die Gruppe Aufstehen zu gründen. Letzteres setzte tatsächlich einen Spaltpilz in die Partei Die Linke. Michael Brie war Unterstützer von Aufstehen. Zuvor spitzte sich der Konflikt zwischen Wagenknecht und der Parteiführung um Riexinger/Kip-

ping auf dem Parteitag im Juni 2018 in Leipzig zu, und wurde zu einem öffentlich ausgetragenen Machtkampf. Riexinger und Kipping wurden erneut als Parteivorsitzende bestätigt, der Leitartikel u.a. zur Migrationspolitik mit nur wenigen Gegenstimmen verabschiedet. Wagenknecht hat diesen Machtkampf verloren und trat 2019 nicht mehr als Fraktionsvorsitzende an. 2018 lag die Partei in den meisten Umfragen bei 8–10% und 2019 bei 7–9%, obwohl sie die Europawahlen mit 5,5% verloren hatte. In die Coronazeit, während der sich die Partei verschlechterte, ging Die Linke sogar mit Umfragewerten zwischen 8% und 11%. Ich schildere die Fakten deshalb so ausführlich, weil die damit verbundene Erzählung ständig wiederholt, aber dadurch nicht richtiger wird.

Widerstand gegen »ungeregelte« Migration ist kein Klassenstandpunkt

Die These, dass sich die schlechter gestellten Lohnabhängigen in ihrem Widerstand gegen »ungeregelte« Migration oder offene Grenzen einig wären, ist äußerst fragwürdig. Die Einstellung der Arbeiter*innenklasse zu Migration und Flucht ist durchaus nicht einheitlich, sondern äußerst differenziert, zwischen Frauen und Männern, Beschäftigten in der sozialen Arbeit, im Gesundheitswesen und der Industrie, zwischen Ost und West usw. Völlig falsch ist jedoch die These, dass es ein Ausdruck von Klassenbewusstsein wäre, weil die Lohnabhängigen wissen, was die »Hauptwaffe der herrschenden Klassen gegen sie ist: Die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, beim Bezug von Sozialleistungen, bei der Sicherung guter Bildung für ihre Kinder« (Brie im Sozialismus). Die damit verbundene These, dass die Migration eine wesentliche Ursache der Konkurrenz oder Waffe gegen die Arbeiter*innenklasse sei, ist empirisch falsch.

Michael Wendl hat in einer Auseinandersetzung mit Wagenknecht in dieser Zeitschrift nachgewiesen, dass die Reallöhne während der großen Flüchtlingszahlen 2015 wie auch in den Folgejahren gestiegen sind. Gesunken sind sie als Folge der Agenda 2010 und während und nach der großen Finanzkrise 2008/2009 – und jetzt wieder durch die Preissteigerungen. Hartz IV hat die größtmögliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst und nicht die Migration. Wohnungsmangel und kaputtgesparte Bildung gab es schon vor den großen Migrationsbewegungen, die Axt an die Säulen der Sozialsysteme wurde bereits 2003 durch die Agenda 2010 gelegt. Gespalten haben die Lohnabhängigenklasse die Ausdehnung der prekären Arbeit, Befristungen, Werkverträge, sinkende Tarifbindung, der Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau und die Spekulation mit Wohnungen. Gegen diese Konkurrenz kämpfen klassenbewusste Lohnabhängige und Die Linke für gesetzliche Mindestlöhne, Tarifverträge für alle, den Ausbau der Sozialsysteme und öffentlicher Daseinsvorsorge, für sozialen Wohnungsbau und Mietendeckel – nicht für die Begrenzung der Arbeitsmigration. Der Begriff der Solidarität ist inklusiv oder er verkommt zur Farce.

Beispiel für eine solche Politik können Sozialist*innen am Beschluss des internationalen Sozialistenkongresses 1907 in

Bernd Riexinger war von 2012 bis 2021 Ko-Parteivorsitzender Partei Die Linke und ist Bundestagsabgeordneter in der Gruppe der Linkspartei.

Stuttgart nehmen. Ich zitiere: »Der Kongress erklärt: Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an. Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe etwa drohender Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregelungen zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluss fremder Nationalitäten oder Rassen.« In dem Beschluss wird dann eine Reihe von Forderungen zum Arbeitsschutz, Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnes, für gleiche Rechte der Migrant*innen und dem erleichternden Eintritt in Gewerkschaften aufgestellt.

Die These, dass die Migrationsfrage Die Linke von der lohnabhängigen Klasse entfremdet hätte und Die Linke bei diesem wichtigen Großkonflikt versagt habe, ist faktisch und inhaltlich falsch. Die Gewerkschaften leisten für die Integration der Migrant*innen, besonders in den Betrieben, wichtige Arbeit und haben sich an dem angeführten »Widerstand« gegen die (unge-regelte) Migration zu keiner Zeit beteiligt. Gerade Gewerkschaften und auch Teile der Kirchen waren und sind wichtige Bündnispartner im Umgang mit Migration und Geflüchteten. Natürlich muss sich Die Linke weitaus mehr als bisher damit auseinandersetzen, warum es der Rechten gelungen ist, die Geflüchteten und besonders den muslimischen Teil der Migranten*innen zu Sündenböcken für die gesellschaftlichen Probleme zu machen. Dass das funktioniert, hat mehr mit fehlendem Klassenbewusstsein zu tun als mit fehlgeleitetem. Sonst wäre es nicht möglich, dass das Wir als Arbeiterklasse weniger wirkmächtig ist als das Wir als Deutsche und die Gegensätze nicht mit denen da oben, sondern denen »draußen« gesehen werden.

Die Verurteilung Russlands für den Angriffskrieg gegen die Ukraine war richtig

Brie wirft der aktuellen Parteiführung um Wissler und Schirde-wan vor, das herrschende Narrativ, dieser Krieg sei seinem Wesen nach ein »verbrecherischer Angriffskrieg Russlands«, übernommen zu haben. In der Folge sei alle Kritik an der Aufrüstung der NATO, alle Ablehnung von Waffenlieferungen usw. der Zahn gezogen. Russland sei vom Westen so in die Ecke gedrängt worden, dass es keine anderen Mittel mehr sehen konnte, so die Kernaussage in einem etwas verklausulierten Satz. »Der Ukraine-Krieg ist vor allem aus der Ostexpansion der NATO zu erklären«, so Brie. Die Linke könne sich nicht auf die Seite derer stellen, die die globale Hegemonie der USA verteidigen.

Das hat Die Linke zu keinem Zeitpunkt getan. Es dürfte auch innerhalb der Partei weitgehend unstrittig sein, dass die NATO mit ihrem Vorrücken an die Grenzen Russlands den Konflikt erheblich verschärft hat und für den Ausbruch des Krieges mit verantwortlich ist. Das rechtfertigt jedoch keinesfalls den völkerrechtswidrigen militärischen Angriff auf die Ukraine, die Bombardierung von Städten und der Zivilbevölkerung, lebens-

wichtiger Infrastruktur und die Besetzung ganzer Regionen.

Völlig zu Recht verurteilte Die Linke Kriege, die die USA oder die NATO geführt haben, gegen den Irak, Afghanistan, Libyen usw. Will sie glaubwürdig sein, muss sie das auch tun, wenn Russland einen Angriffskrieg führt. Die hinter den Kriegen stehenden Interessen zu analysieren und zu benennen, vor allem die Verschiebungen der hegemonialen Kräfteverhältnisse, ist sicherlich eine wichtige Aufgabe einer linken Partei. Das darf jedoch nicht dazu führen, auf Kritik an Russland zu verzichten oder ihn gar als letztes Mittel (»Ultima Ratio eben«) zu rechtfertigen.

Hätte Die Linke das nicht getan, wäre ihr Widerstand gegen die Aufrüstungspolitik in Deutschland, der EU oder gegen die Waffenlieferungen noch schwieriger geworden. Es ist ohnehin nicht einfach für Abrüstungs- und Friedenspolitik Gehör zu finden, mit der Position von Brie wäre es nahezu unmöglich geworden (zumindest im Westen). Derzeit gibt es eine deutliche Mehrheit für die Aufrüstungspläne der Regierung (nicht bei den Linken-Anhänger*innen) und die Erreichung des 2%-Zieles. Selbst die Worte von Verteidigungsminister Pistorius für die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr zu sorgen, haben keine breite Empörung hervorgerufen.

Die Linke hat auch keine beispiellose Kampagne gegen die Demonstration von Alice Schwarzer und Wagenknecht gemacht. Sie hat nicht dazu aufgerufen, weil sie die fehlende Abgrenzung gegen rechts in eine schwierige Lage gebracht hat. Und das noch vor dem Hintergrund, dass Wagenknechts Parteigründungspläne öffentlich bekannt waren. Ich halte es eher für kritikwürdig, dass die Parteiführung nicht rechtzeitig selbst die Initiative ergriffen hat, ein Bündnis gegen die Politik der Bundesregierung und EU zu schmieden, und dass sie auch im weiteren Verlauf zu zaghaft agierte und agiert. Die Partei hat keine friedenspolitischen Standpunkte aufgeweicht. Sie steht weiter gegen Waffenexporte, gegen Aufrüstung und gegen Bundeswehrein-sätze im Ausland. Als einzige Partei im deutschen Bundestag. Wer die Rede von Janine Wissler zur Ukraine-Politik am 14. März d. J. im Bundestag gehört hat, wird dem zustimmen.

Tatsächlich muss Die Linke gegen die in der Nachkriegszeit beispiellose Aufrüstung, gegen die Lieferung immer noch schwererer und gefährlicherer Waffen, gegen die Verweigerung von sichtbaren Friedensinitiativen und gegen die gewaltige Diskursverschiebung zu Gunsten militärischer Lösungen lauter und sichtbarer werden, wenn sie ihrem Anspruch als Friedenspartei gerecht werden will. Das gilt auch für den Krieg in Gaza. Auch hier gibt es keine Rechtfertigung für die Gräueltaten von Hamas. Linke Politik darf jedoch auch in Deutschland nicht darauf verzichten, die Kriegsführung der israelischen Regierung gegen die palästinensische Bevölkerung heftig zu kritisieren, wie auch die einseitige Politik der Ampel.

Sozialismus als Orientierung macht sich nicht an den Wahlprogrammen fest

Die richtige Aussage, dass Sozialismus ein wichtiger Bezugspunkt linker Politik sein muss, wird von Brie dazu benutzt, die angeblich »linksliberalen Tendenzen« in der Partei aufs Korn zu nehmen und zu behaupten, dass die sozialistische Identität

tät aufgegeben wird zugunsten linksliberaler Formeln, welche die »Widersprüchlichkeit der realen Klassenverhältnisse« zum Verschwinden bringen. Belegt wird das damit, dass im Europawahlprogramm das Wort Sozialismus nur zwei Mal vorkomme und zur »bloßen Worthülse geschrumpft« wäre. Würde man die Wahlprogramme seit 2009 (erfolgreichstes Ergebnis) analysieren, würde das Wort Sozialismus dort kaum öfters entdeckt werden. Das ist der Unterschied von Wahlprogrammen und einem Grundsatzprogramm.

In Wahlprogrammen geht es in erster Linie um konkrete Kritik an der vorherrschenden Politik, einer guten Beschreibung der vorhandenen Mängel und Widersprüche und um konkrete Forderungen und Konzepte, um die Verhältnisse für die Mehrheit (lohnabhängige Klasse) zu verbessern. Es geht aber verschiedentlich auch um Enteignung und Vergesellschaftung. Dafür wurden in den neueren Wahlprogrammen an exemplarischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (große Immobilienkonzerne enteignen, öffentliches und genossenschaftliches Eigentum stärken, Energiekonzerne vergesellschaften usw.) Eigentumsfragen stärker gemacht und damit eine Verbindung zu sozialistischer Vergesellschaftung hergestellt.

Die Stärke der Linken könnte darin bestehen, in konkreten gesellschaftlichen Kämpfen, die an Systemgrenzen geraten, eine weiterdenkende und vor allem weitertreibende Rolle einzunehmen. Das geschieht bestimmt nicht durch die Häufung des Wortes Sozialismus, weder in Wort noch in Schrift. Was in der Zusammenarbeit von Fridays for Future und ver.di in der Kampagne »Wir fahren zusammen« teilweise gelungen ist, nämlich durch konkrete Streiks und Kundgebungen Lohn- und Gerechtigkeitsfragen mit der Klimafrage zu verbinden, geht in diese Richtung. Die aktiven Akteur*innen dafür waren nicht selten junge Mitglieder der Linken.

Es wäre deutlich konstruktiver gewesen, wenn Brie tatsächlich Vorschläge unterbreitet hätte, wie linke Tagespolitik mit der Notwendigkeit eines Systemwechsels zum Sozialismus verknüpft werden kann. Es ging ihm jedoch um die These, Die Linke würde ihre sozialistische Identität zu Gunsten linksliberaler Formeln aufgeben. Dafür bringt er wiederum wenig Belege. Seine Erzählung ist aber ähnlich gefährlich wie die von Wagenknecht, dass Die Linke die Interessen der sozial Schwächeren zu Gunsten woker Politik aufgegeben hätte. Meine Erfahrung ist, dass die Mehrheit der nicht nur, aber mehrheitlich junger Menschen, die sich aktuell in der Linken organisieren, ein ausgeprägt anti-kapitalistisches Verständnis mitbringt und keinesfalls sozialistische Positionen zu Gunsten linksliberaler aufgeben will. Die meisten denken jedoch soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Antirassismus und Menschenrechte und den Kampf gegen rechts zusammen.

Das Problem sehe ich eher darin, dass es der Partei derzeit nicht gelingt, die an vielen Städten durch die Neueintritte entstehende zusätzliche Energie über die lokale Ebene hinaus bundesweit aufzunehmen und in gesellschaftlich wahrnehmbare Politik umzusetzen. Das müsste jedoch schnell geschehen, wenn die anstehenden Wahlen nicht zu einem Desaster werden sollen.

Wie aus der Krise kommen?

Die Partei Die Linke bewegt sich in den meisten Umfragen um die 3%. In einer aktuellen Forsa Umfrage zu den Europawahlen liegt sie bei nur 2% und muss um den Einzug in zumindest zwei ostdeutsche Landtage kämpfen. Ein Zustand, den ich selbst nicht für möglich gehalten hätte. Die schlechten Umfrageergebnisse führen zu sinkender Resonanz in den Medien, Die Linke wird nicht selten unter die Wahrnehmungsschwelle gedrückt. Im Verhältnis zum schlechten Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen sank die Partei in den Umfragen nochmal um durchschnittlich 2%. Der durch Wagenknecht und Co. der Partei aufgezwungene öffentlich ausgetragene Konflikt ließ kaum zu, dass die Partei mit politischen Positionen in den Medien durchkam. Die verheerenden Machtbündnisse in der Fraktion zwischen den Abgeordneten um Dietmar Bartsch und um Wagenknecht verschlechterten das politische Profil der Fraktion bis zum Verlust ihres Fraktionsstatus erheblich. Nahezu alle von dieser Mehrheit durchgesetzten Besetzungen der Führungsfunktionen (Mohamet Ali, Klaus Ernst, Ali al Dailami, bspw.) sind zum BSW gewechselt.

Dass in der dann erheblich kleineren Gruppe kein Kompromiss bei der Wahl der Gruppensprecher*innen gesucht, sondern mit knappen Mehrheiten durchgestimmt wurde, gegen den Willen der Parteiführung, des Parteivorstandes und der meisten Landesvorsitzenden, war wenig klug und trägt nicht gerade dazu bei, dass die Potenziale der gesamten Gruppe ausgeschöpft werden können. Das ist jedoch weniger der Partei geschuldet als einer Zusammensetzung der Abgeordneten, die nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse in der Partei widerspiegelt.

Der Vertrauensverlust bei einem erheblichen Teil der Wähler*innen ist deutlich größer als noch bei der Bundestagswahl angenommen. Trotz dem verheerenden Bild der Ampel und ihrer katastrophalen Zustimmungswerte wird die Partei als linke Opposition kaum wahrgenommen und kann nicht davon profitieren. Die nicht selten geäußerten Befürchtungen, dass die Abspaltung der Gruppe um Wagenknecht zu einer Austrittswelle und erheblichem Substanzverlust führen würde, ist nicht eingetreten. Die Partei verlor zwar Mitglieder, gleichzeitig konnte sie jedoch seit Oktober letzten Jahres unter dem Strich mehr neue Mitglieder aufnehmen. Die beachtliche Eintrittswelle ist jedoch nicht in positivere Umfrage- und Zustimmungswerte der Wähler*innen umgeschlagen.

Es gilt also, durch wahrnehmbare und konsistente Politik verloren gegangenes Vertrauen, besonders bei den rund 1,3 Mio. Wähler*innen, die Die Linke bei den Bundestagswahlen an SPD und Grüne verloren hat, und dem Teil der ins Nichtwähler*innen Lager abgetaucht ist, zurückzugewinnen. Will die Partei 2025 wieder in den Bundestag kommen, muss das Tempo deutlich erhöht werden. Die erfolgreichen Kampagnen gegen den Pflege-notstand und für bezahlbare Mieten mussten während der Corona-Pandemie eingestellt werden und danach wurden sie nicht wieder aufgenommen – und auch keine andere Kampagne entwickelt, sieht man einmal von dem halbherzigen Versuch zum Thema Umverteilen ab. Auch jetzt, nicht einmal mehr drei Monate vor den Europawahlen, wird die Partei mit keinem Thema so richtig in Verbindung gebracht.

Großes Potenzial bei Beschäftigten im Gesundheitswesen und bei der sozialen Arbeit

Michael Brie hat in seinem Artikel auf eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung über das Wähler*innenpotenzial hingewiesen. Ihr zu Grunde liegt eine Befragung von Emnid-Kantar.

- Das mit 21% höchste Potenzial hat die Partei im Bereich von Gesundheit und Pflege, ein gleich großes im Sektor Erziehung & Bildung, wobei die konkrete Wahlabsicht Die Linke zu wählen sogar bei Letzterem etwas höher liegt.
- Mit 11% folgt der Bereich Handel, Logistik & und Lieferdienste sowie Industrie & produzierendes Gewerbe.
- Die Befragten arbeiten vorwiegend als Pflegekräfte, Erzieher*innen, Lehrkräfte, Verkäufer*innen, Logistiker*innen und Lieferbot*innen. In Industrie und produzierendem Gewerbe sind es überwiegend Facharbeiter*innen und Hilfskräfte. Das Potenzial bei Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen und Techniker*innen wächst jedoch.
- Bei niedrigen und mittleren Einkommen ist das Potenzial deutlich größer als bei höheren Einkommen. Bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 Euro wären 27% der Befragten bereit, Die Linke zu wählen, bei einem Nettoeinkommen von 1.500-2.500 Euro immerhin 23%.
- Beschäftigte mit Streikerfahrung neigen stärker dazu, Die Linke zu wählen.
- 56% unseres Potenzials sind Lohnabhängige, 24% Rentner*innen, 6% Studierende, im Westen 7%, Schüler*innen und Auszubildende jeweils 5%, Erwerbslose 4% im Westen.
- Menschen mit Migrationshintergrund wählen überdurchschnittlich Die Linke.
- Von allen Parteien schöpft Die Linke ihr Potenzial am schlechtesten aus.

Es ist nicht überraschend, dass die Themen Angleichung der Löhne von Männern und Frauen, bessere Personalschlüssel, höhere Löhne für mittlere und niedrige Lohngruppen die höchsten Zustimmungswerte bekommen. Weitere wichtige Themen sind: Tarifverträge für alle, eine 4-Tage-Woche, Jobgarantie beim anstehenden ökologischen Umbau der Wirtschaft, sowie die Einschränkung von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen. Diskriminierungserfahrungen bestehen häufiger bei Frauen und Migrantinnen, ebenfalls bei Menschen mit niedrigeren Einkommen.

Es liegt also nahe, dass über die Löhne, Arbeitsbedingungen, Lebenslagen und Interessen dieser Gruppen verstärkt gesprochen und Politik gemacht werden muss. Hier hat Die Linke bereits einen Fuß drin und kann wieder wahrnehmbar für diese Menschen Politik machen.

Ungleichheit und das durchgängige Empfinden, dass es in diesem Land nicht gerecht zugeht

Über die Jahre gibt es bei der Mehrheit der Bevölkerung das Empfinden, dass die wachsende Ungleichheit eine wesentliche Ursache dafür ist, warum es im Land nicht gerecht zugeht. Das ist verbunden mit erheblichen Erschwernissen im Alltag, weil wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur nicht oder schlecht funktionieren. Der

Kampf um einen Kitaplatz in der Nähe der Wohnung, ewiges Schlagenstehen im Bürgerbüro und lange Bearbeitungszeiten, Probleme in der Schule, die Bahn ist ständig unpünktlich, die Wohnungssuche verursacht demoralisierende Erfahrungen, ein Pflegefall in der Familie überfordert die Angehörigen usw. So entsteht bei vielen der Eindruck, mit Deutschland geht es abwärts, was von den Rechten weidlich ausgenutzt wird. Das Gefühl, diesen Verhältnissen ohnmächtig ausgesetzt zu sein, lenkt Wasser auf die Mühlen der Rechten, die Geflüchtete und Überfremdung durch hohe Migration als Schuldige für die Misere ausmachen, die sie nicht verursacht haben.

Was Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit angeht, hat Die Linke nicht nur gute Konzepte zur Steuergerechtigkeit, sondern auch eine hohe Glaubwürdigkeit vorzuweisen. Wenn jemandem zugetraut wird, es mit der höheren Besteuerung von Reichen und Superreichen ernst zu meinen, dann ist es Die Linke. Die Forderung nach mehr Einnahmen – Vermögensteuer, höhere Erbschafts- und Übergewinnsteuern – muss verbunden werden mit einer Verbesserung des Alltags, der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Das muss ein zentrales Thema für Die Linke sein. Dass sowohl ein gutes Konzept für ein öffentliches Investitionsprogramm als auch für Steuergerechtigkeit existiert, war in früheren Wahlkämpfen ein wichtiges Pfund. Außerdem hat sie auf diesem Feld ein Alleinstellungsmerkmal. Nachdem zwischenzeitlich beim Haushalt im sozialen Bereich gekürzt wurde und für kommende Jahre weitere Kürzungen von Lindner angekündigt wurden, gleichzeitig wichtige Investitionen in die Bahn, die öffentliche Infrastruktur und den Klimaschutz zurückgefahren werden, wird die Verteilungsfrage wachsende Bedeutung erlangen.

Klimaschutz zu einer Gerechtigkeitsfrage machen

Seit dem misslungenen Heizungstauschgesetz von Robert Habeck, das ein Elfmetergeschenk für eine üble Kampagne von CDU und Bildzeitung bedeutete, ist Klimaschutzpolitik insgesamt in die Defensive geraten. Das kann sich jedoch schnell ändern, wie wir beim letzten Bundestagswahlkampf durch die Überschwemmungen im Ahrtal gesehen haben. Die Dramatik und die Gefahren der Klimaerwärmung sind nicht kleiner geworden, im Gegenteil. Jahrgänge von jungen Menschen werden sich an der existenziellen Bedrohung ihrer Zukunft politisieren. Einschläge, die erneut Klimabewegungen auslösen können, werden – leider sicher – kommen. Wenn auch die Transformation der Industrie – im Zentrum die Automobilindustrie – derzeit ins Stocken gerät, wird sie weitergetrieben und verursacht sowohl massiven Arbeitsplatzabbau als auch eine massive Veränderung der Arbeitsbedingungen.

Im Bereich der Klimaschutzpolitik haben die Grünen besonders bei den Klimaaktivist*innen an Glaubwürdigkeit verloren. Es gibt klare Verschiebungen nach links, die jedoch noch keine großen Auswirkungen auf breite Wähler*innenschichten haben. Die Linke ist gefordert, Antworten auf die menschenbedrohende Klimakrise zu geben, die eine grundlegende Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Lebensweise umfassen. Gleichzeitig kann sie den sozialen Charakter und den Klassencharakter der Klimakrise verdeutlichen, klare Forderungen und

Konzepte in den Vordergrund stellen, die dem Klimaschutz und der sozialen Gerechtigkeit gerecht werden. Im Bereich des sozial-ökologischen Umbaus existieren, verstärkt durch die Arbeit der RLS, gute Konzepte, die im Interesse der Beschäftigten liegen, auch wenn es derzeit nicht gelingt, sie populär zu machen.

Rolle bei der Massenbewegung nach rechts finden

In den letzten Monaten gingen Millionen von Menschen gegen das Erstarken von rechts auf die Straße. Für nicht wenige Menschen war es die erste Demonstration in ihrem Leben.

Für viele der neu gewonnen Mitglieder der Partei war und ist es eine starke Motivation für die Organisierung in der Linken. Im Unterschied zu BSW hat Die Linke zu den Demonstrationen aufgerufen. Zu Recht, denn es ist ein wichtiger Prozess, wenn breite Teile der Bevölkerung bis hin zum bürgerlichen Lager auf die Straße gehen, schon allein, weil damit Druck auf die CDU/CSU ausgeübt wird, keine Koalition mit der AfD einzugehen oder sich von ihr dulden zu lassen.

Sowohl die Parteien der Ampel als auch die bürgerlichen Parteien versuchen die sozialen Ursachen der Rechtsentwicklung auszuklammern oder zumindest keine direkte Verbindung zu ihrer Politik aufkommen zu lassen. Außerdem sind sie selbst Teil der Rechtsentwicklung, weil sie in ihren politischen Entscheidungen bei der Asylpolitik dem Druck der AfD nachgeben. Die CDU unterscheidet sich inhaltlich auf diesem Feld kaum von der AfD. Als die Ampel in einer aktuellen Stunde im Bundestag die Gefährdung der Demokratie durch die AfD auf die Tages-

ordnung setzte, hatte sie einen Tag zuvor das Rückführungserleichterungsgesetz verabschiedet. Die Bezahlkarte wird auch an den Grünen nicht scheitern. Übrigens beides mit der Zustimmung von BSW.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die CDU derzeit mit einer massiven Kampagne gegen das Bürgergeld aufwartet, das durch eine Grundsicherung mit massiven Sanktionsmöglichkeiten und Arbeitszwang ersetzt werden soll. Auch hier geht Wagenknecht in eine ähnliche Richtung. Sie will außerdem Geflüchteten, die keinen Schutzstatus besitzen, das Existenzminimum verweigern. Verschlechterungen bei den Geflüchteten sind die Vorstufe für Kürzungen bei den Bürgergeldbezieher*innen.

Die Linke kann glaubwürdig die Bewegung gegen rechts und Rassismus mit Positionen und Forderungen zur sozialen Gerechtigkeit verbinden und über diese Zusammenhänge aufklären. Sie kann eine wichtige Rolle bei der Aufklärung über den ideologischen Kulturkampf der rechten gegen Emanzipation, Geschlechtergerechtigkeit und freie sexuelle Orientierung leisten. Sie kann auch die Regierung angreifen, sowohl für ihre Sozialpolitik als auch für ihre Aufweichung bei den Menschenrechten, ohne die Breite der Bündnisse zu gefährden. Beides könnte Die Linke stärken.

Es ist sicherlich nicht einfach, aus der Talsohle herauszukommen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die aktuelle Regierungspolitik bieten einige Ansätze für linke Oppositionspolitik. Sie müssen mit Beharrlichkeit, Lust zum Angriff und Mobilisierung der eigenen Basis in Angriff genommen werden.

»Stahl ist Zukunft«



**Samstag, 13. April 2024
10:00–18:00 Uhr | Salzgitter**

Der Stahl der Zukunft ist grüner Stahl. Ab 2025 plant Salzgitter den Start der regulären Produktion von Stahl auf wasserstoffbasierter Technik. Doch grün ist der Stahl erst, wenn der genutzte Wasserstoff mit erneuerbaren Energien hergestellt wurde. Wie können wir das sicherstellen? Und wie laufen die Diskussionen dazu in anderen europäischen Ländern wie z.B. in Frankreich, Italien und Spanien? Wie muss dem notwendigen Weiterbildungsbedarf begegnet werden? Und welche Bedingungen wollen wir einfordern, wenn Subventionen fließen? Welche Rolle spielt die öffentliche Hand als Aktionär? Wie kann die notwendige sozial-ökologische Transformation finanziert werden, wenn an der Schuldenbremse festgehalten wird? Und wie können die Gewerkschaften zum Treiber der Transformation werden? Welche Rolle spielt hier die Mitbestimmung?

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRUSSELS OFFICE**

Darüber soll während dieser **Konferenz** auf vier Podien diskutiert werden – im **Informationszentrum der Salzgitter Flachstahl GmbH (am Tor 1) Eisenhüttenstraße 99**

Referent*innen:

Steffen Lehndorff (Wirtschaftswissenschaftler), **Ulrike Eifler** (Bundessprecherin BAG Betrieb & Gewerkschaft, Die Linke), **Lena Fuhrmann** (Betriebsrätin und Mitglied im Aufsichtsrat der Salzgitter Flachstahl GmbH), **Matthias Wilhelm** (1. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine), **Franziska Heinisch** (#wifahrenzusammen), **Heinz Bierbaum** (Rosa-Luxemburg-Stiftung), **Hans-Jürgen Urban** (Vorstand IG Metall), **Victor Perli** (MdB Die Linke) sowie Kolleg*innen aus Frankreich (CGT), Italien (**Loris Scarpa**, FIOM) und Spanien (CCOO)

Das komplette Programm und Anmeldung unter www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/K7R7S/stahl-ist-zukunft?

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

